

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	28 (1934)
Heft:	11
Artikel:	Zur Weltlage : Donau-Gefahren ; Die pazifische Gefahr ; Die Saargefahr ; Die Rüstungsgefahr ; Die bürgerliche Kampf : Diktatur, Reaktion, Demokratie ; Gandhi ; Soziale Gärung, Sozialismus, Faschismus, Kommunismus ; Die Kirchen in Kampf und Abfall
Autor:	Ragaz, Leonhard
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-136588

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Weltlage

Das, was während der letzten Wochen in den Weltbegebenheiten besonders hervorgetreten ist, konzentriert sich wieder auf einige Hauptpunkte und Hauptprobleme, die sich jeweilen sozusagen zu einem Kreis zusammenschließen.

Wenn wir, wie sich besonders im Zusammenhang mit dem letzten Berichte aufdrängt, von den Schüssen von *Marfeille* ausgehen, dann gelangen wir zu dem Kreis von Problemen, der zwar schon vorher da war, durch sie aber blitzartig beleuchtet worden ist und sich erst recht zu einer großen Gefahr entwickelt hat: ich meine das, was wir die

Donau-Gefahren

nennen können. Jene Schüsse, welche zunächst nur die inneren Gefahren des jugoslawischen Staatsgebildes offenbarten, hatten den Erfolg (der wohl auch der Zweck war), das ganze französische Sicherheitssystem zu erschüttern. Es wird denn auch berichtet, daß das in der Tat unglaubliche Versagen der Polizei beim Morde von Marfeille, das durch allerlei andere Vorgänge und Tatsachen (den Fall Stawisky, den mit ihm zusammenhängenden Fall Prince, die Unstetigkeit des Regierungssystems usf.) erschütterte Vertrauen zu Frankreich im jugoslawischen Volke vollends ins Wanken gebracht habe. Darauf stürzte sich natürlich sofort Deutschland, das schon vorher nach Belgrad seine Angel, besonders mit wirtschaftlichem Köder, ausgeworfen hatte. Göring erschien bei der Trauerfeier für König Alexander und wußte sich trotz seines sowohl theatralisch-lächerlichen als taktlosen Auftretens einen gewissen Erfolg zu sichern. Der jugoslawische Zorn wendet sich gegen Ungarn, das auf einem einsamen Gut zu Janka Pušta jahrelang einen ganzen Verschwörerherd geduldet hatte, sowie gegen Oesterreich und Italien, die beide an diesen Agitationen gegen Jugoslawien beteiligt waren — offenbar vergessend, daß das von Hitler-Deutschland ebenfalls gilt. Ungarn gerät darob in Unruhe. Sein Ministerpräsident Gömbös sucht eine Stütze in Warschau. Ob er sie gefunden hat? Polen seinerseits bedroht die Tschechoslowakei mit Eroberung eines Teiles ihres Gebietes, auf den es Anspruch macht. Gleichzeitig nutzt es seine schmählichen Flitterwochen mit Hitler-Deutschland (die auch in der Errichtung von „Botschaften“ an Stelle der „Gesandtschaften“ zum Ausdruck kommen) möglichst zu seinen Gunsten aus, indem es Danzig einzuspinnen versucht und auch anderwärts die — Deutschen bedrängt und zurückdrängt. Mehr Anklang scheint Gömbös in Rom und auch in Wien zu finden. Italien, Oesterreich und Ungarn schließen sich zu einer Art von besonderem Block zusammen. Was will Mussolini mit diesem Spiel? Will er bloß einen neuen

Damm gegen seinen Kollegen Hitler aufrichten, oder vor allem diesen von Jugoslawien trennen? Will er den Augenblick der Verwirrung benutzen, um sich eine Vorherrschaft im „Donauraum“ zu sichern? Und wo bleibt Österreichs Unabhängigkeit?

Für die Befriedung Ost- und Mitteleuropas und damit ganz Europas von fundamentaler Wichtigkeit ist die Bildung eines durch Ausgleich, Revision im Rahmen des Möglichen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Zusammenschluß in föderalistischem Rahmen beruhigten „Donauraumes“. Das ist die Politik Englands (soweit das eine hat), Frankreichs und der Kleinen Entente und sollte auch diejenige Italiens sein. Ein verheißungsvoller Pfeiler dieses Baues ist doch wohl das, was man vorher Balkanpakt nannte und nun bezeichnenderweise *Balkan-Entente* nennt. Schon der Name deutet an, daß es sich um etwas wie eine Nachahmung und jedenfalls Ergänzung der Kleinen Entente handelt. Diese Balkan-Entente (zu der bis jetzt Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei gehören) scheint in Ankara eine sehr fruchtbare Zusammenkunft gehabt zu haben. Sie hat, wie die Kleine Entente, regelmäßige Ministerzusammenkünfte beschlossen, ein ständiges Sekretariat, einen Wirtschaftsrat, Vereinheitlichung der Gesetzgebung, Bereicherung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Auch das schon durch König Alexander weitgehend versöhlte Bulgarien soll so bald als möglich eingegliedert werden. Man sieht: es handelt sich um etwas wie eine Balkan-Eidgenossenschaft und man kann nur innig wünschen, daß dadurch der jahrhundertlange Kriegscherd in einen Friedenstempel verwandelt werde. Jedenfalls würden dadurch Italiens Absichten auf den Balkan, soweit sie imperialistischer Art sind, zunichte gemacht. Vielleicht wirft sich Mussolini auch darum so sehr auf Mitteleuropa und daneben auf Afrika und Asien.

Inzwischen erfüllen freilich die durch die Schüsse von Marseille aufgeweckten Dämonen die Luft. Es scheint wie eine internationale *conspiration de silence* in bezug auf die Vorgeschichte dieser Schüsse zu bestehen, zu dem Zwecke, eine Steigerung der Leidenschaften zu vermeiden, aber es frägt sich, ob das Mittel nicht das Gegenteil wirkt, indem es jeglichem Mißtrauen und dem schlimmsten Walten der Fama Tür und Tor öffnet. Jugoslawien hat freilich an Ungarn etwas wie ein Ultimatum gerichtet. Eine wilde Emigrantenhetze trifft auch so viele Unschuldige, die zum Adel der Menschheit gehören. Von Papen versucht in Wien mit Aufgebot klerikaler Einflüsse einen sozusagen „unvermerkten“ Anschluß zu bewirken. Welche Politik die an Stelle des Königs Alexander getretene Regentschaft für den armen Knaben Peter, der mit zwölf Jahren König sein soll, statt mit Ball und Kreisel zu spielen, befolgen wird, ob sie die enge Verbindung mit Frankreich beibehalten oder ob sie sich mehr mit Deutschland einlassen, ob sie die Diktatur aufrecht erhalten oder wieder mehr Demokratie zulassen, ob sie am großserbischen Ideal festhalten oder den Kroaten,

Slowenen, Montenegrinern und Mazedoniern die ihnen vorenthalte Autonomie gewähren wird,¹⁾ das alles ist noch wenig sicher. Und wie steht es mit der Ausföhnung mit Italien, gegen das vor und nach Marseille starke Demonstrationen stattgefunden haben (z. B. in Maribor), wie vor allem mit der Verföhnung zwischen Italien auf der einen, Frankreich und der Kleinen Entente auf der andern Seite? Das sind die Teilprobleme des großen Donauproblems, das die Geschichte der nächsten Zeit zu lösen haben wird und von dem ich, aus einem schon alten, tiefen Wunsch heraus hoffe, daß es in einer nicht nur politischen, sondern auch *sittlichen* und *kulturellen Auferstehung* und *Wiedergeburt* von *Südost-Europa* seine letzte Lösung finde.

Der zweite Kreis, in dem gegenwärtig die Weltpolitik sich konzentriert, ist

die pazifische Gefahr.

Sie lagert — Welch eine Ironie! — über dem Ozean, welcher der „friedliche“ heißt. Diese Gefahr wird der Welt gegenwärtig durch die *Londoner Flottenkonferenz* nahegebracht, welche in London mit Vorbereitungen begonnen hat. Es handelt sich um eine allfällige Revision jenes Washingtoner Vertrages vom Jahre 1922, welcher die Flottenstärke der drei größten Seemächte geregelt und dadurch das Weltrüsten zur See eingeschränkt hatte. Diese Flottenstärke war so festgelegt worden, daß diejenige Japans sich zu der von England und Amerika verhalten sollte wie 3 zu je 5. Dieses Verhältnis will Japan nicht mehr ertragen. Es schützt sein Prestige und seine Sicherheit vor und verlangt wie Hitler-Deutschland „Gleichberechtigung“. Diese „Gleichberechtigung“ wäre auch hier in Wirklichkeit gewaltige *Ueberlegenheit*. Denn eine im Pazifischen Ozean und dazu in äußerst günstiger Lage postierte, der englischen und amerikanischen ebenbürtige japanische Flotte beherrschte nicht nur den Pazifischen, sondern auch den Indischen Ozean und bedrohte damit nicht nur China und die holländischen und französischen Besitzungen, sondern auch das ganze englische Weltreich, ja sogar die Stellung des Weißen Mannes auf der ganzen Erde. Man sieht, welche ungeheure Probleme hinter dieser „Flottenkonferenz“ stehen. Es handelt sich zunächst um die Vermeidung des neuen Weltbrandes, der sicher nicht auf den Pazifischen Ozean beschränkt bliebe. Man vergesse nicht, daß er sich wahrscheinlich am Zusammenstoß zwischen Japan und Rußland entzündete. Es ist bekannt, daß Hitler-Deutschland, vielleicht nun mit Polen verbündet, bereit wäre, einem von Japan bedrängten Rußland zu Ehren des arischen Menschen in den Rücken zu fallen, und was dann weiter geschähe, ist auch nicht schwer zu sagen. Diese ganze gespannte Lage wird noch gewaltig erschwert durch die *japanische Handelskonkurrenz*, die mit allen raffiniertesten Mitteln, vor allem unterstützt durch

¹⁾ Eine kroatisch-slowenische Delegation soll sie sehr darum gebeten haben.

niedrigste Löhne, den Weltmarkt erobert und besonders England bedroht.

Diese furchtbare Gefahr zu beschwören ist nun die zweite, große Aufgabe, die uns gestellt ist. Zwei Wege scheint es dafür, rein politisch geredet, zu geben. Einmal: Es scheint ziemlich sicher, daß Japan sich befände, wenn alle Mächte, die eigentlich gegen seine Pläne sein müßten, sich gegen diese zusammenschließen, vor allem England und Amerika, aber auch Frankreich, Italien und Holland, um von Rußland nicht zu reden. Vielleicht würde Japan, geschmeidig wie es ist, dann doch einen andern Kurs vorziehen, der ja überhaupt nur zu seinem eigenen Vorteil gereichte. Aber daran scheint es sehr zu mangeln. Da ist einmal die alte Eifersucht zwischen England und Amerika, in concreto den englischen und amerikanischen Admirälen. Sie sind auch für die Abrüstung der andern, d. h. der Arten von Schiffen, die ihnen nützen, aber nicht für die Abrüstung der Waffen und Schiffe, die man selbst am besten brauchen kann. Da ist jene Art von englischer Politik, die auch Freunde Englands (und zu denen gehört der Schreibende) eine „Krämerpolitik“ im übelsten Sinne nennen müssen. Sie kommt zum Ausdruck in einer „Handelsmission“, die England gerade jetzt nach dem Mandschukuo schickt und die in Wirklichkeit eine politische ist, wie in dem Verlangen nach einem *Bündnis* mit Japan gegen Amerika und Rußland.

In Japan selbst scheint ein Militarismus zu herrschen, der immer neu faschistische Formen annimmt und jedenfalls eine tatsächliche Militärdiktatur darstellt. Dieser Geist kommt in einer von der Regierung herausgegebenen Broschüre zum Ausdruck, welche den Titel trägt: „Die wahre Bedeutung der Landesverteidigung und die Mittel zu deren Bekämpfung.“ Flotte und Heer werden unaufhörlich verstärkt, das Militär-Budget kennt keine Grenzen. Neuerdings werden die Karolineninseln befestigt, die Japan als Mandat vom Völkerbund innehält und trotz seinem Austritt aus diesem behalten will, und man gibt der Mandatkommission Antworten, die der reinsten Hohn sind. In der Mandschurei schafft man gegen den Neunmächtevertrag ein Petroleummonopol, und wird sich um den Protest Englands, Amerikas und Hollands schwerlich viel bekümmern.

Immer neu zeigt sich, Welch eine schwere Versündigung es war, daß vor zwei Jahren, als Japan die Mandschurei raubte, der Völkerbund von England und Frankreich (dem Frankreich, dessen Außenminister *Briand* war!) verraten wurde. Alle Sachkenner sind darüber einig, daß es damals leicht gewesen wäre, Japan auf eine andere Bahn zu zwingen. Dieser Verrat, an dem natürlich die „nationale Regierung“ Macdonalds und Sir Simons den Hauptanteil hat, wird teuer bezahlt werden müssen.

Der andere Weg zur Bannung der furchtbaren pazifischen Gefahr wäre *positiver Natur*: Es wird nicht anders gehen, als daß, wenn man

Japans *Unrecht* bekämpft, auch Japans *Recht* irgendwie zur Geltung bringen muß. Wenn der Pazifische Ozean mit allem, was daran grenzt, nicht den „Gelben“ gehört, so doch auch nicht einfach nur den „Weißen“. So erhebt sich hinter dem Flottenproblem das Rassenproblem, das Weltproblem des Verhältnisses von „Weiß“ und „Farbig“, in concreto von „Weiß“ und „Gelb“. Es muß eine Lösung im Geiste der gegenseitigen Achtung, der Gerechtigkeit und des Friedens finden. Dieses Problem schließt gewaltige Gefahren in sich, gewiß, aber auch gewaltige Verheißung.

Die Saargefahr.

Der dritte große Gefahrenherd für den Weltfrieden liegt, wie man weiß, an der Saar. Davon ist vor allem *eine* Tatsache zu berichten: daß Frankreich an der Grenze Truppen bereitstellt, für den Fall, daß Hitler-Deutschland etwa versuchte, die Abstimmung durch Gewalt zu verhindern oder zu korrigieren. Daß diese Absicht in Deutschland besteht, ist wohl kaum zu bezweifeln. Es hängt ja der Fortbestand des Regimes nicht wenig von dem Ausgang dieser Abstimmung ab. Darum hat England geradezu diese Maßregel veranlaßt, es allerdings Frankreich überlassen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es ist eine bedenkliche Maßregel, selbstverständlich, aber wenn sie einen Hitler-Putsch verhindern kann, ist sie gerechtfertigt. Denn die Folgen eines solchen wären unausdenkbar. Auch ist die Maßregel vom Völkerbund vorgesehen und also vollkommen rechtsgemäß. In Deutschland freilich tut man über diesen Schritt gewaltig entrüstet. Aber man beantwortet ihn neben diplomatischen Protesten dennoch mit einem Entgegenkommen: einem Verbot von Versammlungen und sogar des Uniformtragens der SA.- und SS.-Männer an den Grenzen des Saargebietes in einem Umkreis von 40 Kilometern. Ob das ehrlich gemeint ist und ehrlich durchgeführt wird? Ob es genügt? Und was bedeutet die Mission Ribbentrops nach London? Soll sie etwa für den beabsichtigten Vorstoß England paralysieren?

Die Saarfrage wird noch in einem andern Zusammenhang zu streifen sein. Auch über ihr müssen alle guten Geister wachen.¹⁾

¹⁾ Einige neueste Ereignisse werfen wohl ein Licht auf die mit dem pazifischen Konflikt wie mit der Saarfrage zusammenhängende Lage. Ich denke vor allem an die Annäherung zwischen *Rußland* und *England*, die in der gütlichen Regelung des alten Streites um die Lena-Goldfields zum Ausdruck kommt. (Ihr geht die Regelung der russischen Schulden an die Vereinigten Staaten parallel.) Russland sichert sich damit englische Kredite. Es glaubt, auf englische Hilfe gegen Japan zählen zu dürfen, was auf dieses abschreckend wirken müßte. Die Hitler-Rechnung auf Englands Hilfe oder Neutralität stimme ganz und gar nicht. England würde schon wegen seiner Interessen im Baltikum nie einen Vorstoß Deutschlands gegen Russland erlauben. Diese Haltung Englands müßte auch die *polnische* stark bestimmen. Deutschlands Kreditangebot an Russland, falls es wirklich geschehe,

Die Rüstungsgefahr.

Daß die *Aufrüstung* fieberhaft vor sich geht, überall, braucht kaum mehr gesagt zu werden. Besonders hat sie in Deutschland einen Umfang und ein Tempo angenommen, welche zu der allernächsten und allerdrohendsten Weltgefahr geworden sind. Sie hat sich bekanntlich besonders auf die Schaffung einer an Zahl und Ausrüstung allen Nachbarn überlegenen Luftflotte geworfen. Die Anlage von immer neuen unterirdischen Flughäfen und von verborgenen Festungen an den Grenzen, wie die Einrichtung immer neuer Kasernen ist einer der an diesem Bilde besonders hervortretenden Züge. Krupp arbeite wieder zu 70 Prozent für Kriegsbedarf. Ob das geräuschlose Flugzeug Tatsache oder Märlein ist? Aber auch die Andern rüsten, so viel sie können. Nach Italien und Polen ist neuerdings Rumänien zu einer Vollmilitarisierung des ganzen Volkes nach dem gleichen Schema geschritten. Die Tschechoslowakei will die zweijährige Dienstzeit einführen. Belgien hat Händel zwischend Generalstab und Kriegsminister wegen der besten Art seiner Landesverteidigung. Die amerikanische Flotte trachtet nach Rekord im raschen Durchfahren des Panamakanals. Italien baut zwei Riesenkampfschiffe, welche die andern zur Nachahmung reizen. Und so fort.

Die Reaktion darauf ist freilich auch vorhanden und vielleicht wieder eine wachsende Macht. Sie wirft sich vorläufig auf den durch die amerikanische Senatskommission besonders deutlich aufgedeckten Skandal der *Waffenindustrie*. Der Generalrat der holländischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wie der Kongreß der Radikal-Sozialisten zu Nantes fordern Maßregeln im Sinne der Einschränkung

könne von diesem höchstens benutzt werden, um die andern Geldgeber williger zu machen. Auch das neue Aufkommen der Arbeiterpartei bedeutet eine Sicherung für Rußland und jedenfalls keine Unterstützung des Hitlertums — trotz allem. MacDonalds sanfte Wendung gegen Deutschland zeigt wohl gut den Stand der Dinge an. Man redet sogar von Verabredungen der englischen, französischen und belgischen Generalstäbe. Also wieder völlige Isolierung Hitler-Deutschlands!

Eine englische Aeußerung über die Haltung der offiziellen Schweiz gegenüber dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund sei noch angeführt. In der *Contemporary Review* (November) schreibt Allen Malte Wagner: „Als die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufnahmen, schrieb ein Schweizer Blatt: „Wir hätten niemals geglaubt, daß Amerika so tief sinken könnte!“ Diese Aeußerung ist umso merkwürdiger, als die Schweiz seit Jahren mit westeuropäischen Demokratien verbunden ist, die schon längst „so tief gesunken sind“. *Diese unverzeihliche Kurzichtigkeit* [von der Red. gesperrt] ist der Tatfache zuzuschreiben, daß einflußreiche Kreise in der Schweiz noch die Illusion hegen, daß das Sowjet-System früher oder später untergehen werde, ein Glaube, der von gewissen Führern der deutschen Reichswehr geteilt wird. Das ist eine Illusion..... Wer die innere Stabilität des gegenwärtigen Rußland bezweifelt, ist absichtlich blind. Je mehr wir seine innere Lage studiert, desto mehr haben wir uns von ihrer Dauer überzeugt“.

oder Aufhebung der privaten Waffenfabrikation. Ebenso die englische Arbeiterpartei im Bunde mit den Liberalen. Ihnen tritt der famose Sir Simon mit ähnlichen Argumenten entgegen, wie man sie an der Tagung der schweizerischen Völkerbundsvereinigungen gegen uns „Extreme“ vorbrachte. Baldwin verspricht dafür eine baldige internationale Regelung. Macdonald schlägt ein System von behördlichen „Lizenzen“ (Erlaubnissen) vor, das natürlich gar nichts hülfe.

Inzwischen erniedrigt die „nationale Regierung“ Englands dessen alten Ruhm der Freiheit des Wortes so fehr, daß sie England mit Hilfe der ganz künstlichen, der Stimmung des Landes von ferne nicht entsprechenden Parlamentsmehrheit eine Art Lex Häberlin beschert, die sogenannte Sedition Bill (Aufruhr-Bill), welche besonders Armee und Flotte vor antimilitaristischer Propaganda schützen will, aber ursprünglich so weit ging, daß ein englischer Bischof (!) erklärte, damit könne man auch die Bergpredigt verbieten. Andererseits hat der immer mehr zur traurigen Armseligkeit herabsinkende einstige Antimilitarist Macdonald (ob er es je wirklich war oder bloß Franzosenfeind?) es so weit gebracht, daß er diese englische Lex Häberlin mit dem gleichen Argument verteidigte, wie seine schweizerischen Geistesverwandten die schweizerische: daß sie nämlich dazu bestimmt sei, „die Freiheit zu schützen“. Dagegen hat Rußland auf dem internationalen Kongreß des Roten Kreuzes in London beantragt, das Rote Kreuz möge die Initiative zu dem wahren Schutz der Zivilbevölkerung ergreifen, nämlich zur Beseitigung des Krieges. Der Antrag ist angenommen worden. Die schweizerischen Delegierten enthielten sich der Stimme!

Die Kommission der Abrüstungskonferenz hat in Genf getagt und beschlossen, erst im Jahre 1935, nach der inzwischen, wie man hofft, eingetretenen Klärung der politischen Lage, die Vollkonferenz einzuberufen. Auf diese setzt niemand mehr große Hoffnungen, aber wer weiß — Wendungen sind immer möglich.

Der bürgerliche Kampf: Diktatur, Reaktion, Demokratie.

1. Wenn wir von der weltpolitischen Lage zu der innerpolitischen übergehen, so kommen wir nach der Logik der Dinge zuerst zu Frankreich. Denn hier ist der Zusammenhang zwischen beiden am offenkundigsten. Ein durch eine unheilbare innere Krise geschwächtes, ja vielleicht gar von Bürgerkrieg zerrissenes Frankreich könnte seinen Freunden wie seinen Feinden als leichte Beute erscheinen, das Vertrauen jener völlig verlieren und diese zur Benutzung des günstigen Augenblicks reizen. Zugleich wäre ein faschistisch oder halbfaschistisch gewordenes Frankreich für alle vorhandenen Faschismen und Reaktionen eine Stärkung und für werdende Faschismen eine gefährliche

Ermunterung. Die weltpolitische Gefahr kombinierte sich hier mit der innerpolitischen, die Gefahr des nationalen mit der des sozialen Krieges.

Diese Gefahr ist vorläufig vorübergegangen. Das furchtbare Ereignis von Marfeille mit seinem neuen, zu dem im Falle Stawisky und allem, was dazu gehört, hinzukommenden Versagen des staatlichen Apparates hatte die oppositionelle Erregung vollends zur Siedehitze gebracht. Das Opfer der beiden in erster Linie verantwortlichen Minister Chéron und Sarraut genügte nicht, um sie zu beschwichtigen. So fand der Ruf *Doumergues* nach dem „starken Staat“ eine sehr günstige Resonanz. Der Kongreß der Radikalsozialisten, dieser großen, bisher immer wieder entscheidenden Mittelpartei, der diesmal in der durch das Edikt von Nantes berühmt gewordenen Stadt abgehalten wurde, konnte sich dieser Sachlage nicht entziehen. Zu der durch Marfeille geschaffenen Gefahr gefellte sich die durch die Saarfrage und die drohende Haltung Hitler-Deutschlands erzeugte. Auf der andern Seite konnte die Partei die Doumergueschen Forderungen nicht in globo annehmen, ohne ihren politischen Bankrott zu erklären. Daher entschloß sie sich unter dem bestimmenden Einfluß Herriots zu einem Mittelweg: sie überließ es den radikalen Mitgliedern des Kabinetts Doumergue, selbst zu entscheiden, ob sie gegebenenfalls diesem noch angehören dürften oder nicht und setzten prinzipiell für die möglichen Konzessionen nur eine Grenze: die Schaffung „persönlicher Gewalten“, das heißt, einer halbfaschistischen Diktatur des Ministerpräsidenten mit dem Recht, die Kammern aufzulösen, ohne, wie bisher die Verfassung für diesen Fall verlangte, die Zustimmung des Senates einzuholen. Man erwartete von Doumergue das übliche Entgegenkommen. Wider Erwarten versteifte sich dieser, vielleicht infolge der Rückenstärkung durch die Rechten, auf seine Forderungen. So blieb für die radikalen Minister nur die Demission übrig. Als nun auch die andere Partei der Mitte, die der „Demokratischen Allianz“ mit ihrem Führer Flandin, sich gegen Doumergue wendete, dazu die Neosozialisten, da entschloß sich Doumergue zur Demission. An seine Stelle trat ein Kabinett *Flandin*, das die meisten Mitglieder des Kabinetts Doumergue einschließt, aber nicht den Marschall Pétain und den neosozialistischen Führer Marquet, der doch vorher aus seiner Fraktion ausgetreten war, um dem Kabinett Doumergue weiterhin angehören zu dürfen. Das neue Kabinett wird also eine Art Konzentration auf die Mitte darstellen, sozusagen jene „dritte Partei“, nach der man in Frankreich ruft. Man erwartete eine Reaktion der Rechten gegen die Wendung, vielleicht gar in Form eines neuen 6. Februar, aber es blieb im wesentlichen alles ruhig. Das französische Volk will keine Diktatur, auch keine väterliche und gemäßigte.

Wer noch demokratisch denkt (was freilich auch bei den bürgerlichen Blättern der Schweiz keineswegs mehr selbstverständlich ist), wird für diesen Ausgang dankbar sein. Man braucht dabei für die

Kehrseite des französischen Parlamentarismus nicht blind zu sein, ja man kann sogar, wie der Schreibende, grundfältlicher Gegner des Parlamentarismus überhaupt sein und das ganze Uebel des aus der napoleonischen Zeit stammenden und auf Napoleons Zwecke zugeschnittenen zentralisierten, erstarnten und jeder Korruption allzuleicht zugänglichen Bürokratismus vollkommen klar erkennen. Gewiß mag hier ganz tief gehende Reform am Platze sein, bei der man vielleicht auch einen Proudhon fragen dürfte. Aber es handelte sich jetzt nicht um den Kampf zwischen Bürokratismus und Parlamentarismus auf der einen und eine bessere Demokratie auf der andern Seite, sondern um den zwischen Faschismus und Demokratie. Darum bedeutet die Niederlage Doumergues einen Sieg der Demokratie über den Faschismus, der für diesen ganzen Kampf, wie er in aller Welt geführt wird, große Bedeutung besitzt. Man darf wohl auch sagen, daß in diesem Siege das französische Volk seinem eigensten Charakter treu geblieben ist. Diesen wird man wohl nicht im Gehorsam gegen die Parolen von der „Autorität“ und dem „starken Staat“ suchen dürfen, sondern in dem Geist der *Rebellion* gegen jede Art von Despotismus im Namen der Freiheit und freien Menschlichkeit. Was den Parlamentarismus anbelangt, so fragt sich noch, welches Uebel schlimmer sei, die zu großer Labilität des französischen Regierungssystems oder die zu großer Stabilität des schweizerischen. Und schließlich hat jedes Volk auch die défauts de ses qualités, aber es darf nicht die qualités preisgeben, um die défauts los zu werden. Es hat seine Kraft in seiner Eigenart.

2. Anders ist es, vorläufig, in *Spanien* gegangen. Dort versucht nun die klerikale und faschistische Reaktion, die Früchte ihres Sieges zu sichern. Sie benutzt dafür die üblichen Mittel: die Aufhebung der Pressefreiheit, des Versammlungsrechtes und des Streikrechtes, die Schaffung einer der Diktatur gefügigen Militärmacht und so fort. Aufgehoben werden formell oder tatsächlich alle verwirklichten oder geplanten sozialen Reformen. Kirche, Feudalismus und Großbourgeoisie kehren in den gesicherten Besitz ihrer Vorrechte zurück. Auch Kataloniens Autonomie scheint gefährdet.

Der Bürgerkrieg hat furchtbare Opfer gefordert. Die Aufständischen allein sollen 5000 Tote, 9000 Verwundete und 60,000 Gefangene zählen, wovon auf Asturien, dem Mittelpunkt des Kampfes, allein 2500 Tote und die entsprechende Zahl von Verwundeten fallen sollen. Das spanische Proletariat muß in diesen Kämpfen einen unvergleichlichen Heroismus bewiesen haben. Was von seinen Greuelstaten berichtet wird, stammt zum allergrößten Teil aus der bekannten Lügenküche. Dagegen sind die Greuelstaten der Sieger, besonders massenhafte Erschießungen von „Rebellen“, nur zu wirklich. Die Städte Oviedo und Gijon müssen Zeugen furchtbarster Szenen gewesen sein.

Sozialismus und Demokratie sind niedergeworfen, aber so wenig wie in Oesterreich, ja vielleicht noch weniger, vernichtet. Schon wagten die Syndikalisten einen neuen Generalstreik. Die Regierung scheint ihrer Sache nicht so gar sicher zu sein. Sie hat ein einziges Todesurteil vollziehen lassen. Auch auf das Militär war weniger Verlaß, als es den Anschein hatte. Man mußte nach Asturien Fremdenlegionäre schicken, darunter viele Marokkaner, die sich dann auch entsprechend benahmen.

Die Fehler der Aufständischen sind inzwischen auch deutlicher geworden. Es mangelte wieder an Plan und Einheit. Die in Spanien so einflußreichen anarchistischen Organisationen spielten die Zuschauer. Auf das Versagen des Heeres rechnete man zu stark. In Barcelona sah man sich durch den General Batet verraten. Es fehlte an einer überlegenen, einheitlichen, hinreißenden Führung.

Ob Sozialismus und Demokratie nach all diesen Erfahrungen mit dem Gewaltweg nicht endlich einen andern suchen, der zum sicheren Siege führt?

In dieser Beziehung ist die gewaltige Geschichte der *taufend Bergleute von Fünfkirchen*, von der wir kurz berichtet haben, lange nicht genug beachtet worden. Diese Männer hätten mit einem gewaltsamen Aufstand sicher nichts ausgerichtet. Aber sie schlossen sich mit Zustimmung ihrer Eltern und Gattinnen in den Gruben ein, verweigerten die Aufnahme von Nahrung, wiesen alle Versuche, sie von ihrem Vorhaben abzubringen, zurück und hielten so über hundert Stunden in der Tiefe aus, lieber sterbend (oder auch sich selbst umbringend!) als nachgebend. Und siehe da: Zuerst geriet die Gegend in Bewegung, dann ganz Ungarn, dann die Regierung, bis die Unternehmer nachgeben mußten. Dieses Beispiel großartigen Heldentums zeigt einen Siegesweg, den wir noch viel zu wenig kennen. Diese Arbeiter haben Gandhis Methode angewendet, wohl ohne von Gandhi etwas zu wissen. Wer beschreibt diese Geschichte? Wer macht ein Drama daraus? Franz Werfel, wärest du nicht der Mann dafür? Oder Silone?

3. Oesterreich verharrt im Zustand der Trümmerhaftigkeit. Außenpolitisch schwankt man zwischen der völligen Abhängigkeit von Italien, die bis zu einer Parade österreichischer Staatspolizei vor Mussolini geht, und einer gewissen Anlehnung auch an Frankreich und England. Die Intrigen von Papens vermehren diese Unsicherheit. Innenpolitisch spürt man, daß das Regime keine richtige Grundlage hat. Nachdem man ohne Erfolg mit den Sozialdemokraten anzuknüpfen versucht, probiert man es, wie es scheint, mit ebensowenig Erfolg mit den „gemäßigt“ Nationalsozialisten.

Man schwankt, ob die Aktion Winter fortzusetzen sei oder nicht. Inzwischen verschärft man das Pressegesetz, so daß nun keine periodische Druckschrift erscheinen darf, ohne daß dafür vorher die Erlaubnis der Regierung eingeholt worden wäre.

Aus all dieser Verwirrung und Haltlosigkeit soll nun auf einen Schlag die *Ständeverfassung* befreien, die endlich einigermaßen fertig geworden ist. Es ist nicht der Mühe wert, davon zu reden. Denn es ist ein Machwerk ohne allen organischen Anhalt an der Wirklichkeit. Ein lebenswahrer Aufbau Oesterreichs muß anders geschehen und von anderer Seite her kommen.

4. Im Reiche *Adolf Hitlers* hat sich, abgesehen von dem Kirchenstreit, während der Berichtszeit nicht viel bemerkenswert Neues vollzogen. Hitler hat sich zum Diktator auf Lebenszeit (warum nicht gerade für ewig?) ernannt und die Reichsminister auf seine Person vereidigen lassen. Es ist im übrigen endgültig klar geworden, daß er nun bloß noch die Strohpuppe der Reaktion ist. Schacht regiert über das Wirtschaftsleben. Er hat neuerdings erklärt, daß von einer „Breckung der Zinsknechtschaft“, die bekanntlich eine der Hauptparolen des Nationalsozialismus war, bis auf weiteres keine Rede sein könne. Um die Erregung über die Steigerung der Preise, die mit der Aufstapelung von Vorräten für den Krieg zusammenhängt, etwas zu befänstigen, ist der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gördeler, zum Reichsbevollmächtigten für diese Aufgabe ernannt worden. Der zu erwartenden großen Not des Winters will man wieder mit der sogenannten Winterhilfe begegnen, an welche die Beamten bis zu 15 Prozent ihres Gehaltes beisteuern sollen. Zu den demagogischen Beschwichtigungen, worin das System Meister ist, gehört der Lohnabzug von 1 Prozent zugunsten der kinderreichen Arbeiter bei den andern.

In der Außenpolitik konzentrieren sich die Bemühungen, wie gezeigt worden ist, auf die Probleme Südosteuropas und der Saar. Dazwischen erstrebt man je nach Stimmung Verföhnungen mit Mussolini, sogar mit Rußland. Mit Japan soll ein förmliches Bündnis bestehen. Man wolle ihm jährlich eine Million Tonnen Soja-Bohnen abnehmen und wofür es dann deutsche Industrieprodukte kaufe. Auch wolle man ihm Hunderte von Fliegern liefern. In aller Welt arbeitet neben der Propaganda die Spionage und Bestechung.

Zur Stützung des Systems dient nun auch das sogenannte *Volksgericht* gegen „Landesverrat“. Es hat letzthin ein paar Dutzend Todesurteile gefällt und soll davon neun vollzogen haben. Besonders gefährdet sei jener *Kurt Liebermann*, den man mit Hilfe faschistischer Magistraten aus Holland hat entführen dürfen. Liebermann (den der Schreibende persönlich kennt), verdient es, daß man sich für ihn mit aller Wucht einsetzt. Jene Erschießungen sollen zum Teil mit dem Wissen um den 30. Juni zusammenhängen; auch sei das „Volksgericht“ dazu bestimmt, den 30. Juni zu ersetzen. Als zuviel Wissende seien auch einige höhere Beamte der Geheimpolizei (Gestapo) im Konzentrationslager von Lichtenburg abgetan worden. Ebenso sind die an der Ermordung Horst Wessels gar nicht wirklich beteiligten Kommunisten Sally Eppstein und Hans Ziegler zum Tode verurteilt worden. Auch das System

der *Ausbürgerungen* funktioniert. Neuerdings sind davon u. a. Otto Straßer, Leonhard Frank, Prinz Max Karl von Hohenlohe und Prinz Hubertus von Löwenstein betroffen worden.

Daß Hitler der Boden immer mehr entwindet, ist wohl eine nicht zu bezweifelnde Tatsache. Die SA.- und SS.-Formationen sind zerfallen, die Universitäten rebellieren immer stärker. Der Mittelstand ist mit jedem Tag mehr enttäuscht. Schwere Bauernaufstände, gelegentlich mit Dutzenden von Toten und entsprechend vielen Verletzten, werden aus Schleswig-Holstein, Ostpreußen und anderwärts gemeldet. Vor allem aber ist der Aufstand des Kirchenvolkes bedenklich. Trotz aller Huldigungen seiner Führer an das politische Regime steckt doch sicher auch viel *politische* Opposition dahinter. Er ist jedenfalls eine ganz schwere Erschütterung der Autorität des „Gottgefandten“. Kein Wunder, wenn, wie man behauptet, dessen „Nerven“ versagen. Auch ein Attentat auf ihn sei in München verübt worden.

Aber die Gefahr für Deutschland und die Welt wird dadurch um so größer. Alles kommt darauf an, daß innerhalb und außerhalb Deutschlands Mächte da sind, die den Wahnsinn verhindern, Deutschland und die Welt in Flammen zu setzen, so wie einst den Reichstag. Man hat trotz allem Grund zur Annahme, daß sie vorhanden sind.

5. Folgen wir rasch diesen Entwicklungen noch in die übrige Welt. Auch *China* kennt, wie Japan, einen Faschismus. Ihn repräsentiert vor allem Tschian-Kai-Schek. Er hat seine Organisation der „Blauhemden“. Diesen gibt er die altchinesischen Parolen: Li, y, lien, schik — Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit, Ehrfurcht (ordre, autorité, discipline). Zu dem japanischen Nationalismus stellt er sich seit langem freundlich. Mit den „Kommunisten“ des eigenen Landes, die ganze Provinzen beherrschen, liegt er in unentschieden schwankendem Kampf. Sogar *Siam* erlebt politische Zuckungen, die zur Demission des Königs führen. *Griechenland* scheint sich durch die Wahl von Zaimis zum Präsidenten wieder der Diktatur erwehrt zu haben. In *England* hat Mosley nun, um seiner ermatteten Bewegung neuen Schwung zu verleihen, zum Antisemitismus gegriffen. Die *Konservativen* haben an ihrem Parteitag freilich die Dye-hards noch einmal abgewehrt, aber die Sedition Bill durchgebracht. Dafür bereist, wie schon letztes Mal berichtet worden ist, Staatssekretär Eden die skandinavischen Länder, die ihre Demokratie immer neu bestätigen, um sie enger mit Großbritannien zu verbinden. Kulturell soll England dort wie auch in den baltischen Ländern starke Gewinne verzeichnen.¹⁾ Ueberall rücke die englische Sprache vor, meistens unter Verdrängung der deutschen. Möge nur England selbst sich bald wieder finden!

¹⁾ Finnland hat daneben seinen nationalistischen Sprachenstreit. Es stehen 3,1 Millionen Finnen 400,000 Schweden gegenüber. Deren Sprache und Kultur soll nun von der nationalistischen halb- oder ganzfaschistischen Bewegung möglichst geschwächt, die Universität in Helsingfors, die bisher zweisprachig war, einsprachig werden.

Gandhi.

Es entspricht wohl dem Wunsche vieler Lefer, wenn über Gandhi noch ein Wort gesagt wird. Ueber die Gründe seines Rücktrittes von der Leitung des Allindischen Kongresses verbreitet sich nun etwas mehr Licht. Gandhi sei bestürzt über Erscheinungen von Korruption im Schoße der Partei. Er habe auch das Gefühl, die Non-Violence sei für viele ihrer formellen Anhänger keine ganz ehrliche Sache. Sie müßte tiefer begründet werden. Er wolle sich seinerseits mehr der Arbeit an dem *Dorfe* im Zusammenhang mit der „Dorfvereinigung“ widmen. Hier spielte der Khaddar aufs neue seine Rolle. Symbolisch dafür sei die Forderung Gandhis an die Kongreßmitglieder, daß jeder sich verpflichte, ein bestimmtes Quantum Material dafür zu spinnen!

Vor allem aber liege ihm die Aufgabe an, die Einigung und Befreiung des indischen Volkes *von unten her*, durch die Auflösung des Kastensystems, vorzubereiten. Diesem Ziele diene sein Kampf für die Parias.

Also Ausbreitung und Vertiefung des Kampfes, nicht Rückzug!

Soziale Gärung, Sozialismus, Faschismus, Kommunismus.

Als einen gewaltigen Sieg der Demokratie darf man wohl auch *Roosevelts Wahlerfolg* betrachten, der ihm in beiden Häusern eine Mehrheit von mehr als zwei Dritteln verschafft. Das alte Zweiparteiensystem scheint beinahe aufgelöst zu sein. Inzwischen hat sich auch die Umgestaltung der *Nira* vollzogen. Es hat sich ein National Industrial Emergency Committee (Nationales Notstandskomitee für die Industrie) gebildet, an dessen Spitze Donald Richberg steht. Das bedeutet einen „Ruck nach links“. Richberg hebt im Interesse des Konsumenten die Produktionsbeschränkungen und die Preisfixierung auf. Die Arbeitslosigkeit wächst aber eher wieder. Was den „Ruck nach links“ betrifft, so ist jedenfalls eine Radikalisierung der *Gewerkschaftsbewegung* Tatsache. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß an Stelle der alten und konservativen horizontal oder craft Unions, einer Gliederung der Gewerkschaften nach dem *Beruf*, mehr die vertical oder industrial Unions treten, eine Gliederung nach den *Industrien*, die umfassender und wirksamer ist. Die Radikalisierung hat aber auch die übrigen Volkschichten ergriffen. Das beweist neben den Bekenntnissen von Taufenden von Geistlichen, von denen wir berichtet, auch die Wahlaffäre *Upton Sinclairs*. Dieser ist zwar besiegt worden, hauptsächlich, wie es scheint, weil es gelang, gegen ihn die bedrohte „Religion“ aufzubieten (ohne Recht, denn Upton Sinclair ist wohl Religionskritiker, aber nicht Christusleugner), hat aber doch gewaltig viel Stimmen gemacht. Auch das antikapitalistische *Genossenschaftswesen* nimmt, wie ein in Chicago stattgefunder Kongreß zeigt, einen neuen Aufschwung.

Glänzende Siege werden auch wieder dem *Sozialismus* zuteil. Und zwar zunächst auch vor allem in der angelsächsischen Welt, und speziell in *Großbritannien*. Nachdem eine Reihe von großen Erfolgen bei den Nachwahlen zum Unterhaus vorausgegangen waren, haben die Kommunalwahlen der Arbeiterpartei nicht weniger als 770 Sitze auf einmal (bei 28 Verlusten) eingebracht, die fast alle den Konservativen abgenommen sind. Eine Mehrheit für Labour erschien nun auch für das Unterhaus gewiß, wenn jetzt Wahlen stattfänden.

Ein Hauptthema des internationalen Sozialismus bleibt seine *Eingang*. In Brüssel haben Verhandlungen über ein einheitliches Vorgehen in bezug auf Spanien zwischen der Zweiten und Dritten Internationale stattgefunden, vorläufig ohne Ergebnis. — *Rußland* rüstet sich zu Sowjetwahlen. Es erlebt wieder allerlei Korruptionsfälle, die aber mit Feuer und Eisen erledigt werden. Aufsehen erregt hat ein Gespräch zwischen *Stalin* und dem englischen Schriftsteller *Wells*, das veröffentlicht worden ist. Wells vertritt darin einen halb bürgerlichen, sehr reformistischen, aber demokratischen und auf die Gewalt verzichtenden Sozialismus, Stalin einen gemäßigten Leninismus. Wells macht seine Sache schlecht und Stalin ist darum deutlich der Ueberlegene. Ueberhaupt gewinnt Stalin durch dieses Gespräch, was natürlich noch nicht heißen will, daß er recht habe.¹⁾

Ein Zeichen, daß der Sozialismus lebt, ist auch der Umstand, daß die *Faschismen* mit ihm rechnen müssen. Der Aktion Winter in Oesterreich entspricht die Aktion Caldara in Italien. Mit Hilfe dieses einstigen Bürgermeisters von Rom will Mussolini offenbar den Sozialismus wieder in seine Kreise ziehen. Er hat inzwischen auch seinen *Korporationenstaat* fertiggebracht und auf dem Kapitol feierlich proklamiert. Aber es ist ein *Gemächte*, so gut wie der Ständestaat Oesterreichs. Denn es fehlen dafür die wirtschaftlichen und moralischen Voraussetzungen. Das weiß Mussolini selbst ganz gut. Die Korporations-Idee war ihm wohl nie viel mehr als eine für seine Macht nützliche Fiktion. Er warnt denn auch davor, von der neuen Institution „Wunder zu erwarten“. Man müsse „mit einer mehr oder weniger langen Periode von Experimenten rechnen“. „Es wäre verfrüht, vorauszusagen, wie sich dies System in Italien und anderwärts entwickeln wird. Wir stehen gegenwärtig am Anfang, nicht am Ziel.“ Darum ist diese Feier auf dem Kapitol schwerlich das wichtigste Ereignis in der Geschichte

¹⁾ Noch ein Urteil über Russland. *Ernst Toller* schreibt im „New Statesman“ (No. 3, 34): „Mein stärkster Eindruck von Russland ist, daß, während in rein faschistischen Ländern die geistige Freiheit immer mehr eingeengt wird, in U. S. S. R. die intellektuelle Freiheit im *Wachsen* ist. Es sind Zeichen vorhanden, daß die Beschränkungen der Geistesfreiheit, die das Sowjetsystem bisher für nötig hielt, sehr stark gelockert werden. An den Schriftstellerkongreß gab der Sowjetvertreter geradezu die Erklärung ab: „In U. S. S. R. hat jeder Schriftsteller die Freiheit, zu schreiben was er will, aber er hat nicht die Freiheit, schlecht zu schreiben“.

Italiens, als das Mussolini sie bezeichnet. Aber interessant ist, wie Mussolini nun der französischen Revolution und der Demokratie wieder ihr Recht zuerteilt und soziale „Gerechtigkeit“ proklamiert:

„Das vergangene Jahrhundert hatte die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz proklamiert, und dies war eine Errungenschaft von gewaltiger Tragweite. Das Jahrhundert des Faschismus hält diesen Grundsatz aufrecht und festigt ihn sogar, aber es fügt noch einen andern und nicht weniger wichtigen hinzu: die Gleichheit der Menschen vor der Arbeit als Pflicht, Recht, Schaffensfreude, die das Leben erweitern und adeln, nicht abtöten und erdrücken soll.“

Was ist das anderes als die *sozialistische* Formel: von der politischen zur sozialen Demokratie!

So triumphieren Sozialismus und Demokratie im Faschismus über den Faschismus.

Die Kirchen in Kampf und Abfall.

Darf man die Wendung im deutschen Kirchenstreit auch als einen Sieg der Demokratie, diesmal der religiösen, betrachten? Die Entscheidungen, von denen ich das letzte Mal schrieb, daß sie nicht mehr zu vermeiden seien, sind gefallen — vorläufig.

Zuerst kam ein weiterer Vorstoß der Opposition, der sogenannten Bekenntniskirche, indem diese endgültig dazu überging, sich als selbständige Kirche zu konstituieren, Pfarrer einzusetzen und Kirchensteuern zu beanspruchen. Das schien endlich die völlige Spaltung zu sein, das *Schisma*, das man solange schon gefürchtet oder erhofft hatte. Darob sind doch auf der andern Seite viele erschrocken. Es kam plötzlich zu einem Einschwenken Hitlers. Nachdem er noch überlegt hatte, ob er nicht vierhundert Pfarrer der Opposition ins Konzentrationslager folle bringen lassen, befand er sich, gewiß unter viel Zureden von gewichtiger Seite, eines andern. Jäger wurde geopfert, zur Vereidigung Müllers kam es nicht. Auch der Hitler-Eid der Pfarrer wurde in aller Stille fallen gelassen. Hitler erklärte, „kein weiteres Interesse mehr an den Vorgängen der deutschen evangelischen Kirche zu nehmen“. Bischof Meiser wurde wieder in sein Amt eingefetzt, Wurm aus seiner Polizeihhaft befreit, wenigstens dem Dekret nach. Müller versprach seinerseits eine Ueberprüfung der Disziplinarfälle und eine Gemeindeordnung, die dem Laienelement ihr Recht gebe. Ein Bischofsrat folle an Stelle der geistlichen Diktatur treten. Man erwartete, er werde selbst gehen. Aber auf einmal gab es wieder einen Halt. Müller will sich behaupten, Frick verbietet abermals jede Erörterung des Kirchenkampfes in der Oeffentlichkeit. Die Bekenntniskirche ihrerseits konstituiert sich weiter und erklärt sich allein als die wirkliche Kirche, alle andern auschließend. Sie fährt auch mit dem Bischof-Mummenschanz ab und gibt ihrem Vorsitzenden den Namen „Präses“. Ihr

strömen immer neue Scharen von Pfarrern und Laien zu. 118 Theologieprofessoren fordern Müllers Absetzung. Hinter dem Bischof Zänker von Schlesien z. B., der zu ihr stößt, stehen 850 von 900 Pfarrern. Niemand wagt sie darin ernstlich zu hindern. Ebenso wenig wagt man, in Berlin gewaltige Versammlungen der Bekenntniskirche zu verbieten.

So stehen augenblicklich die Dinge. Zwei Fragen drängen sich auf:

Einmal: Wie ist es zu diesem Umfall Hitlers gekommen? Die Antwort ist wohl ziemlich einfach. Dieser Umfall erklärt sich aus der starken Schwächung der ganzen Stellung Hitlers, dazu vielleicht auch aus seiner Hilflosigkeit gegenüber einer solchen geistigen Macht. Dann aber spielt die hohe Politik ohne Zweifel mit. Hitler darf wegen der Saarfrage und wegen England nicht allzusehr den religiösen Unterdrücker und Verfolger spielen. Womit auch gesagt ist, daß diese neue Haltung nicht prinzipiell, sondern bloß opportunistisch ist und nicht endgültig, sondern bloß vorläufig. Ich glaube überhaupt, daß in diesem Kampfe eine „Dynamik“ im Spiele ist, die dafür sorgt, daß es zu endgültigen Entscheidungen kommen muß.

Und die zweite Frage: Handelt es sich also wirklich um einen Sieg der Opposition und welche Tragweite besitzt er? Ich antworte: Ein Sieg ist es wohl, wenigstens ein vorläufiger. Was aber die Tragweite betrifft, so sehe ich die Perspektive so: Wieder versichern die Führer der Opposition, daß sie Hitler politisch vollkommen anerkennen und ihm huldigen.

„Wir machen uns als Christen nicht zum Herrn und Richter über die Geschichte, weil wir nicht den Auftrag haben, Gott in den Arm zu fallen und ihm Wege vorzuschreiben. Es ist dem Ausland weithin entgangen, daß schon seit 1918 eine radikale Neugesinnung der evangelischen Kirche eingefetzt hat, eine Reformation des Glaubens, die die Kirche tief erschütterte. Die Erneuerung richtet sich gegen die Verfälschung des evangelischen Glaubens durch Ideen, die sich der Mensch selber macht. Das Ausland möge nicht vergessen, daß wir weder durch den Staat noch durch die Partei zu Staatsfeinden erklärt worden sind. Wir fühlen uns daher für verantwortlich, dem Staat und der Partei vorzuleben, was Kirche ist, indem wir am Bekenntnis und an der Kirche bauen.“

Aber wenn dem so ist, was nützt dann der Kirche ihre Selbständigkeit? Ist *das* ihr Ziel, daß sie sich in ihren Eigenraum zurückziehen darf, um dort ungestört Theologie zu treiben? Von dieser Selbständigkeit hätten dann wohl Pastoren und Professoren, Dekane und Superintendenten etwas, nicht aber Gott und die Menschen. Das wäre kein Sieg, über den sich zu freuen man viel Ursache hätte. Ich glaube ja aber auch nicht, daß es dabei bleiben wird. Es handelt sich nach meinem Urteil nur um ein Vorgefecht. Die eigentliche Schlacht wird erst kommen, wenn einst, nach dem Sturz des Regimes, die Sturmflut der religiösen Revolution heranbraust, von ganz anderer Seite her. Gegen diese Flut werden die Dämme der Bekenntnisse des sechzehnten Jahr-

hunderts nicht halten; sie genügten, um der Hitlerflut zu wehren, aber sie werden nicht genügen, um den Antichrist und den Christ abzuhalten. Es ist gewiß schon etwas Großes gewonnen mit dem Schnitt zwischen der Lutherkirche und den bestehenden Mächten. Damit ist ein Fluch von Jahrhunderten teilweise getilgt. Und all der Mut des Glaubens, der sich in diesem Kampfe bewährt, verdient Ehre und Dankbarkeit. Aber hinter der Scheidung von Kirche und Staat kommt die von Kirche und Reich Gottes. Der größere Kampf wartet noch. In diesem ganzen Kampf aber ist gewaltige Verheißung.

Die *katholische* Kirche hat sich selbst dieser Verheißung zum guten Teil beraubt, indem sie den Kampf, den die „Laien“ und viele Priester kämpften und viele andere gern gekämpft hätten, von Rom aus durch Politik hemmte. Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe gegen das Nazitum blieb unveröffentlicht! Und nun tritt wohl eine neue, ganz schwere Versuchung an sie heran: die Versuchung, den Umstand, daß ihre Haltung in der Saarabstimmung den Auschlag gibt, zu kirchlichem Machtgewinn auszunutzen. Wenn sie dieser Versuchung erliegt, worauf allerlei hinweist, dann wird sie es schwer zu büßen haben.

Ohnehin ist sie durch gewisse Entwicklungen schwer belastet. Ihre bisherige Stellung gegenüber dem Faschismus und Nationalsozialismus, ihre Haltung in Oesterreich haben ihr mehr geschadet, als sie wohl ahnt. Und nun wieder die *spanischen* Geschehnisse, wo sie mit den Feudalherren des Bodens und des Geldes gegen das Volk steht! Was in Mexiko vor sich geht, könnte ihr eine Warnung sein. Dort ist längst die Reaktion gegen diese Haltung eingetreten. Sie nimmt neuerdings wieder schroffere Formen an. Die Schule wird der Kirche gänzlich entrissen. Kirchen werden in Schulen verwandelt. Kirchenhäupter werden mit Landesverweisung oder Verhaftung bedroht. Und wenige stehen zu ihr. Auch das Schicksal der russischen Kirche könnte zur Mahnung dienen.

Statt dessen sind offizieller Katholizismus und offizieller Protestantismus so verblendet, daß ihre einzige Folgerung aus den *russischen Dingen* der blinde, fanatische Kampf gegen die russische „Gottlosigkeit“ ist. Es ist tieftraurig, zu sehen, wie viele Protestanten sich durch die Hetze der sogenannten Liga für das Christentum, wie sie neuerdings in einer massenhaft verbreiteten Flugschrift zum Ausdruck kommt, die den Titel „Alarm“ trägt, beeinflussen lassen. Mit Recht heißt es in dem Schriftchen: „Die Christenheit geht dem Abgrund entgegen“, nur ist das Wort anders zu verstehen: *Dieser* Weg führt zum Abgrund. Davor bewahrt die römische Kirche kein riesenhafter „eucharistischer Kongreß“ und die protestantische keine „theologische Besinnung“.

Daß in der angelsächsischen Christenheit (trotz Californien!) weit-hin ein anderer Geist sich regt, habe ich wiederholt gezeigt. Dort er-

hebt das totgesagte „soziale Evangelium“ aufs neue und viel mächtiger als früher sein Haupt. Davon soll etwa wieder ausführlich geredet werden.

Trotz allem: Vexilla Dei prodeunt! ¹⁾

13. November 1934.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. 1. Außer Europa. Durch die Ratifikation des Vertrages von Rio de Janeiro ist der Konflikt zwischen Peru und Paraguay wegen dem Besitz von Látizia endgültig beigelegt worden.

2. In Europa. In Belgien hat eine Kabinettskrise stattgefunden. Das Ministerium de Brocqueville ist wegen Finanzfragen (und Widerstand gegen seine autoritär-diktatorischen Ansprüche?) zurückgetreten und durch ein Ministerium Theunis ersetzt worden.

II. Soziales und Sozialistisches.

1. Eine Konferenz der Goldblockländer hat in Brüssel stattgefunden.

In Italien soll die Vierzig-Stundenwoche eingeführt werden. Hoffentlich hat das Gesetz nicht soviel Löcher wie dasjenige über die Sonntagsruhe.

2. Die belgische sozialdemokratische Partei hat wegen der verhängnisvollen Affäre der Banque du Travail eine große Reinigung und Bestrafung vorgenommen. Auch der alte Anseele ist davon betroffen — ein schweres Los!

In Australien hat eine bürgerliche Koalition mit geringer Mehrheit über die Arbeiterpartei gesiegt.

III. Schweizerisches. 30,000 Gewehre mit 100 Patronen für ein jedes sollten mit Erlaubnis des Bundesrates nach Spanien, an „eine mächtige Partei“ (welche?) geliefert werden. Sie seien dann angehalten worden, weil sie allfällig den Aufständischen zugute gekommen wären. Stimmt diese letztere Angabe?

Großes Aufsehen erregt ein von der israelitischen Kultgemeinde von Basel gegen den „Volksbund“ der Herren Leonhard und Zander angestrengter Prozeß wegen der vom „Volksbund“ verkauften „Protokolle der Weisen von Zion“, der gegenwärtig in Bern stattfindet und in dem als Experten u. a. Männer wie Professor Miljukow, der berühmte liberale russische Politiker, Professor Baumgarten in Basel und der Schriftsteller Carl Loosli auftreten. Es wird dadurch die den Kundigen längst vertraute Wahrheit über dieses verhängnisträchtige Machwerk in noch weitere Kreise getragen. Bekanntlich hat Hitler es sorgfältig studiert und die dort den Juden in den Mund gelegten Grundsätze eifrig selber angewendet. Welch blutige Ironie!

IV. Kirchliches.

In Berlin hat ein Weltkongress der Baptisten stattgefunden, dem man offenbar um des guten Eindrucks im Ausland willen, und weil man solche Leute nicht für allzu gefährlich hält, eine gewisse Redefreiheit eingeräumt hatte.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 1865) wird berichtet: „Da war es der derzeitige Präsident der Ostasien-Mission, Pfarrer D. Dr. Oskar Pfister aus Zürich, der anknüpfend an das Wort Hindenburgs, das er kurz vor seinem Tode

¹⁾ Gottes Fahnen rücken vor!

um ihre politisch-reaktionären Zwecke damit durchzusetzen. Und diese Liga kämpft gegen die „Gottlosigkeit“!

Einem solchen Treiben muß entgegentreten, wer nicht dulden will, daß Christus derart mißbraucht wird. Es ist aber auch klar, daß man einer solchen Quelle nicht Vertrauen schenken darf. Briefe kann man leicht zusammenstellen. Ich bin selbst einst einer direkten Aktenfälschung zum Zwecke der Verleumdung Rußlands zum Opfer gefallen und seither kritisch geworden. Die Wahrheit — sei sie so oder so — muß mit *reinen* Augen gesucht und mit *reinen* Händen ans Licht gebracht werden.

Und noch Eines! Diese Flugschrift an das Schweizervolk nennt sich „Alarm“. Ich möchte dazu bemerken: Alarm ist freilich nötig, aber Alarm des Schweizervolkes gegen die Tendenz, die hinter diesem „Alarm“ steht. Es ist ein bekannter Plan der Weltreaktion, einen Kreuzzug gegen Rußland zu stände zu bringen, beim größten Teil der Planenden wahrhaftig nicht für Christus, sondern für das Petroleum, den Geldsack und was damit zusammenhängt. Die geistliche Führung in diesem Kreuzzug ist dem Vatikan, die weltliche — Adolf Hitler zugedacht. Im Dienste dieses Planes steht der „Alarm“ an das Schweizervolk. Ob die Urheber das wissen oder nicht, ändert daran nichts! Sie erklären auch, daß sie nicht einen Kreuzzug mit Waffen wollten. Aber alles, was sie sagen, ist geeignet, zu einem solchen aufzuhetzen, ob das nun ihr Wille sei oder nicht. Darum muß man vor diesem „Alarm“ das Schweizervolk nicht nur im Namen Christi und des Völkerfriedens, sondern gerade auch im Namen der Schweiz warnen.

Aus der Arbeit

Religiös-soziale Gruppe Bern.

Wir machen die Leser der „Neue Wege“ von Bern und Umgebung schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir im Januar einen Kurs von Prof. Dr. L. Ragaz aus Zürich veranstalten, betitelt: „*Die Lage und unser Weg*.“ Es sind dafür folgende vier Abende vorgesehen: 1. Mittwoch, 23. Januar, 2. Donnerstag, 24. Januar; 3. Dienstag, 29. Januar; 4. Mittwoch, 30. Januar. Die zwei ersten Abende werden dem Thema: „*Die religiöse Lage und unser Weg*“, die zwei folgenden der Frage: „*Die politische Lage und unser Weg*“ gewidmet sein. Die Veranstaltung findet im Konferenzsaal der Französischen Kirche, Zeughausgasse, statt.

Wir bitten alle Neue-Wege - Leser, sich schon jetzt die genannten Abende zum Besuch dieses Kurses vorzumerken.

*Der Ausschuß der Gruppe Bern
der schweizerischen religiös-sozialen Vereinigung.*

Berichtigung.

Im Novemberheft sind eine Anzahl Druckfehler zu verbessern. Es ist zu lesen: S. 481, Z. 15 v. unt.: „*religionspedantisch*“ (statt „*religiös-pedantisch*“); S. 482, Z. 2 v. unt.: „*Wachsenlassen*“ (statt „*Wachenlassen*“); S. 506, Z. 11 v. ob.: „*Donau-Gefahr*“ (statt „*Donau-Gefahren*“); Seite 524, Z. 11 v. ob.: „*sehen, auch*“ (statt „*sehen auch*“); S. 530, Z. 20 und 1 v. ob.: „*den Kampf*“ (statt „*Kampf*“) und „*einsetzende*“ (statt „*einsetzenden*“).